

**Rede Kurt Beck auf Einladung des Herbert-Wehner-Bildungswerks in Dresden
am 7. Juli 2007**

„Soziale Demokratie – Demokratischer Sozialismus“

- I. **Zum Thema „Sozialdemokratie und Demokratischer Sozialismus“**

- II. **Sozialdemokratische Grundsätze heute**
 - a) **Auseinandersetzung mit dem Linkspopulismus**
 - b) **Gute Arbeit**
 - c) **Vorsorgender Sozialstaat**
 - d) **Gerechte Globalisierung**

- III. **Für ein soziales Deutschland**

- IV. **Grundsatztreu, reformbereit, realistisch –
Von Herbert Wehner lernen**

I. Zum Thema „Sozialdemokratie und Demokratischer Sozialismus“

- 1. Dank für die Einladung. Einer Anregung von Jürgen Schmude folgend, ist mein Thema heute die **Bedeutung von Sozialdemokratie und Demokratischem Sozialismus**. Und ich weiß, auch Hans-Jochen Vogel ist daran sehr interessiert.

- 2. Es handelt sich um große, **traditionsreiche Begriffe**. Sie sind zugleich - ich gebrauche eine Bezeichnung von Wolfgang Thierse - „**Fahnenwörter**“, also Begriffe, die vielen unter uns sehr viel bedeuten und die **Identität** stiften.

- 3. Deshalb halten wir im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm an – Zitat: „der prägenden Idee des demokratischen Sozialismus“ fest.

- 4. Willy Brandt hat einmal empfohlen: „Sagt doch einfach soziale Demokratie.“ Aber sowohl die Jüngeren unter uns haben eine emotionale Beziehung zum Begriff des Demokratischen Sozialismus als auch - und erst recht - die Älteren, deren ganzes politisches Leben davon begleitet worden ist.

5. Mir kommt es auf das an, was dahinter steckt: Nämlich eine Politik für Freiheit. In unserer langen Geschichte ging es immer darum, dass die Menschen nicht von den Verhältnissen beherrscht werden, sondern dass sie frei sind, diese Verhältnisse zu gestalten. Es hat uns nicht genügt, wenn einige diese Freiheit hatten. Wir wollen, dass alle Menschen frei sind.
6. Wir wissen, dass es Freiheit ohne Bindung nicht geben kann. Wir wissen, dass Freiheit nicht von alleine entsteht und auch nicht von alleine bleibt, wenn man sie hat. Man muss für sie eintreten. Hier passt das Wort: Für Freiheit muss man kämpfen.
7. Im Godesberger und im Berliner Programm kann man nachlesen, wie wir die Untrennbarkeit von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verstehen. Und so steht es auch im Bremer Entwurf. Mir sagt die Kurzform dieser Grundwerte am meisten: Das Ziel ist gleiche Freiheit.

So lange das gemeint ist, bleiben für mich die Begriffe soziale Demokratie und demokratischer Sozialismus gleichbedeutend.

8. Diese Debatte hat natürlich mit der Konkurrenz zu tun. Neu kann ich eine Partei nicht nennen, deren Wurzeln KPD und KPdSU sind, die auf die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der damaligen sowjetischen Besatzungszone zurückgeht und - auch das darf man doch bemerken - den Demokratischen Sozialismus aus ihrem Namen wieder entfernt hat. Das war nie eine Partei der Freiheit und diese historische Hypothek wird sie auch nicht loswerden.
9. Diese so genannte „Linkspartei“ ist nicht links. Sie spaltet und spielt damit unseren Gegnern in die Hände. Sie braucht eine Koalitionsperspektive, um wachsen zu können. Den Gefallen werden wir ihr nicht tun. Dies gilt mindestens für den Westen, wobei man Entwicklungen im Osten und Westen differenziert betrachten muss. Ihre Vorschläge sind unrealistisch. Ihre Sprache ist häufig demagogisch. Ihre Haltung ist meist bloßer Protest.
10. Nationale Abschottung und außenpolitischer Isolationismus widersprechen allem, was Willy Brandt vertreten hat. Die Berufung auf ihn ist eine demagogische Unverschämtheit.
11. Das alles hat mit Sozialer Demokratie nichts zu tun, das ist Sozialismus in der schlechtesten, ideologischen Verwendung des Begriffs.
12. Wenn viele Menschen nach dem blutigen 20. Jahrhundert beim Sozialismus nur noch an Unfreiheit denken, dann liegt die Schuld daran bei einem System, das mit Bspitzelung, Druck, Verhaftungen, Mauer und Schießbefehl agierte. Und das auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgt hat.

II. Sozialdemokratische Grundsätze heute

a) Auseinandersetzung mit dem Linkspopulismus

1. Der Zusammenschluss von PDS und WASG fordert uns heraus. Aber noch nicht mal die eigenen Anhänger glauben daran, dass diese Partei soziale Probleme lösen kann. Diese Partei **nährt sich von der Verunsicherung** der Menschen, **ohne die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen dieser Verunsicherung bekämpfen zu können oder zu wollen**.
2. Sie gefährdet die Gestaltungsmehrheit für eine Reformpolitik, die Wachstum und soziale Sicherheit verbindet. Sozialdemokraten müssen diesen Teufelskreis aus Reformabwehr, Unsicherheit und Populismus durchbrechen. Wir sind die **soziale Reformpartei**. Wir wollen **wirtschaftlichen Erfolg und Zuversicht in einer starken, demokratischen und solidarischen Gesellschaft**. Wir beachten dabei auch unsere ökologische Verantwortung.
3. Wir müssen deutlich machen, dass eine Partei hemmungsloser Steuererhöhung und Staatsverschuldung, die mit dem Gedanken der Enteignung spielt, keine Arbeitsplätze bringt. Wir müssen deutlich machen, dass die Partei pragmatisch Denkende in ihren eigenen Reihen – besonders in Ostdeutschland – mundtot macht. Wer das nicht mitmachen will und tatsächlich sozialdemokratisch fühlt und gestalten will, der ist in der SPD willkommen.
4. Vor allem müssen wir die verunsicherten Menschen, die von der Politik enttäuscht sind, ansprechen und zurückgewinnen.
5. Dabei geht es um **sehr praktische, lebensnahe Sorgen und Interessen**: Gibt es einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit? Hat der Arbeitsplatz Bestand? Kann man beruflich vorwärts kommen und wird die eigene Anstrengung anerkannt? Bekommen die Kinder gerechte Chancen? Gibt es gute Bildung? Stehen die Universitäten auch Arbeiterkindern offen?
6. Auf diese Fragen müssen wir Antworten geben. **Heute haben wir einen Aufschwung**, dem Sozialdemokraten durch richtige Reformen vorgearbeitet haben. Wir sagen: Nicht nur einige wenige, sondern alle sollen daran teilhaben. Aber wir geben auch langfristige, programmatische Antworten für die nächsten zwanzig Jahre.
7. Im Kern geht es um die **Zukunft der Arbeit**, darum, dass mehr Menschen gute Arbeit finden, um den **Sozialstaat** und um eine **gerechte internationale Ordnung**. Wer in die Geschichte zurückblickt, sieht, dass dies Hauptziele und Visionen der Sozialdemokratie seit ihrer Gründung sind.

b) Gute Arbeit

1. Für uns galt immer: **Wir wollen den wirtschaftlichen Erfolg**. Aber wir wollen ihn nicht als Selbstzweck. Wir wollen ihn, weil er **Armut überwindet**, weil er die **Chance** schafft, **sich durch Arbeit ein Leben aufzubauen und gemeinsam mit anderen die Gesellschaft zu verbessern**.
2. Aus diesem Grundsatz heraus stellen wir Egoismus und Selbstsucht **Solidarität und Kooperation** entgegen. Dieses Prinzip liegt der **Sozialen Marktwirtschaft**, wie wir sie verstehen, zugrunde.
3. Heute müssen wir die Soziale Marktwirtschaft gegen den **Rückfall in die Dumpingkonkurrenz** verteidigen. Wir wollen den Markt. Aber auch ihn wollen wir nicht als Selbstzweck. Wir wollen ihn, weil er wirtschaftliche Kräfte und Innovationen entfaltet. Wir wissen dabei sehr genau, dass der Markt oft blind ist – zum Beispiel dafür, dass menschliche Arbeit keine beliebige Ware ist.
4. **Arbeit für alle** ist unser Ziel. Aber es muss auch gute Arbeit sein, nicht Arbeit um jeden Preis. Wir wollen **Gute Arbeit**, weil wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.
5. Gute Arbeit setzt voraus, dass Unternehmen hochwertige Produkte entwickeln. **Qualität der Produktion** und Qualität der Arbeit gehören zusammen.
Gute Arbeit setzt genauso **gute Bildung und Ausbildung** der Menschen voraus. **Qualifikation der Menschen** und Qualität der Arbeit sind miteinander verbunden. Je entwickelter die Wirtschaft und je größer die internationale Konkurrenz ist, desto deutlicher wird dies.
6. Gute Arbeit setzt auch bei offenen Grenzen und Märkten voraus: Wer hier bei uns vollschichtig arbeitet, muss davon auch hier bei uns anständig leben können. Er muss sich auf grundlegende Sicherheiten verlassen können.
7. Die Frage des **Mindestlohns** oder des **Kündigungsschutzes** sind keine Spezialfragen und keine Nebenprobleme. Es geht um zentrale **gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen**.
 - a. Eine Gesellschaft, in der Menschen gezwungen sind, drei, vier Euro Stundenlohn hinzunehmen und nur mit Sozialzuschüssen der Armut zu entgehen, verletzt die Würde. In dieser Gesellschaft wird **Arbeit abgewertet**. In dieser Gesellschaft wird den Menschen signalisiert: Du kannst machen, was du willst, deine **Leistung lohnt sich nicht**.

- b. Eine Wirtschaftsordnung, die akzeptiert, dass Unternehmen Lohnverpflichtungen flächendeckend auf den Staat, den Steuerzahler abwälzen, **widerspricht dem Wettbewerb**. Sie wäre eine ordnungspolitische Fehlorientierung.
 - c. Eine Wirtschaftsordnung, in der Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen, bessere Chancen haben als Unternehmen, die Tariflöhne respektieren, **belohnt Sozialdumping**. Das ist keine Soziale Marktwirtschaft mehr.
 - d. Und eine Gesellschaft, in der niemand davor sicher ist, ohne Grund und ohne Begründung entlassen zu werden, eine Gesellschaft, die den Rechtsschutz am Arbeitsplatz schleift, diese Gesellschaft macht die Menschen zu **Duckmäusern und Anpassern** und sie macht es jungen Leuten fast unmöglich, sich für **Kinder und Familie** zu entscheiden.
 - e. Eine solche Gesellschaft verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen. Sie hat sozial und wirtschaftlich keine Zukunft. Wie soll denn so der Mut zu Familie steigen und wie ist es in einer solchen Gesellschaft mit dem Erwerb von Immobilieneigentum? Wie sollen denn dann Engagement und Ehrenamtlichkeit erhalten und gefördert werden?
8. **Aus allen diesen Gründen werden wir die Auseinandersetzung um Mindestlohn und Kündigungsschutz gewinnen.** Die **solidarisch fühlende Mehrheit** unserer Gesellschaft steht hinter uns – und dazu gehören auch die Wählerinnen und Wähler anderer Parteien.

c) Vorsorgender Sozialstaat

1. Wer den wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft als Gewinn für alle Menschen will, muss die **Solidarität erneuern**. Solidarität hat zwei Dimensionen: Zuerst fordert sie auf, einen eigenen Beitrag zu leisten, auch für andere. Dann gibt sie das Versprechen, dass jeder, dem die Kraft fehlt, Hilfe bekommt – und zwar nicht als Almosen, sondern als gesichertes Recht im Sozialstaat.
2. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, den Sozialstaat für die Zukunft zu erhalten und weiterzuentwickeln.

3. Die Welt verändert sich, daran können wir nicht vorbei. Vieles hat sich zum Guten verändert, das sollten wir schon deshalb nicht vergessen, weil der mehr als Hundertjährige Kampf der SPD daran seinen Anteil hat: Medizinischer Fortschritt für alle, Humanisierung der Arbeit, das hat eine **Gesellschaft des längeren Lebens** ermöglicht. Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Sozialsysteme, vor allem **Rente und Gesundheitsversorgung** darauf einzustellen.
4. Eines müssen wir auch immer wieder sagen: Wer unsere Idee des Sozialstaats unterstützt, der entscheidet sich gegen andere Gesellschaftsmodelle. Wir wollen nicht **40 Millionen Menschen ohne Krankenversicherung** wie in den USA.

Der **Verlust der Alterssicherung bei Insolvenz des Betriebs**, in dem man angespart hat, das ist nicht unser Weg.

5. Wir wollen die **Bürgerversicherung**: Sie zielt auf den Versicherungsschutz für alle, auf die gerechtere Finanzierung durch Beteiligung aller Einkommen.
6. Wir wollen das **Prinzip der Vorsorge** stärken. Das ersetzt nicht die Absicherung im Notfall. Es ergänzt sie und verbessert sie.
7. Tatsache ist: Je früher die Vorsorge beginnt und je besser sie wirkt, desto eher können spätere Notlagen vermieden werden. Und es ist im Interesse der Menschen, dass sie die Fähigkeit, am Arbeitsleben teilzunehmen, entwickeln und lange erhalten können.
8. Die Idee des **Vorsorgenden Sozialstaates** haben wir nicht neu erfunden. **Herbert Wehner hat in einer Rede von 1978** gesagt „dass die präventive Funktion der Sozialpolitik ausgebaut werden muss.“ Der Sozialstaat solle nicht bloß als „Sanitätskolonne“ „mit dem Pflasterkasten der Entwicklung hinterherlaufen“.
9. Und im **Berliner Programm** steht, Sozialpolitik müsse „vorausschauend gestalten“.
10. Diese Gedanken führen wir zusammen. Der Vorsorgende Sozialstaat soll **Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit** ermöglichen – alle drei Ziele, nicht nur eines. Denn je besser die Teilhabe gelingt, desto umfassender die Sicherheit. So können **Eigenverantwortung und solidarische Absicherung** verantwortlich realisiert werden.
11. Das wird besonders deutlich beim Blick darauf, dass gute Arbeit heute viel mehr **Wissen** erfordert als früher. Die Technik schreitet voran. Und in einer international verflochtenen Wirtschaft, werden Fremdsprachenkenntnisse wichtiger. Deshalb ist **Bildung** heute mehr denn je zur sozialen Frage geworden.

12. **Gleiche Bildungschancen** von Anfang an, in Krippen, in Ganztagschulen, gebührenfreie Bildung, auch das gebührenfreie Studium, ein Recht auf Ausbildung und Weiterbildung – dafür müssen wir mehr öffentliche Mittel mobilisieren.
13. **Gleiche Chancen erfordern den handlungsfähigen Staat.**

d) Gerechte Globalisierung

1. Wirtschafts- und Sozialpolitik kann nicht mehr an nationalen Grenzen halt machen. **Globale Märkte brauchen globale Regeln:** für den Klimaschutz, für fairen Wettbewerb, für ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit. Das ist ein schwerer Weg. Aber wir sind entschlossen, ihn zu gehen. Und die **Einheit Europas** ist ein großer Schritt.
2. Hans-Jochen Vogel hat uns in der Programmdebatte daran erinnert, dass die SPD vor mehr als 140 Jahren antrat, um die **ungerechte Verteilung von Macht und Wohlstand** in Deutschland zu überwinden. Diese Erfahrung auf die globale Ebene zu übertragen, ist eine Aufgabe unserer Zeit.
3. Eine **gerechtere Weltordnung** – das ist eine Vision. Es ist die Vision für ein globales Jahrhundert, in dem Außenpolitik sich zur Weltinnenpolitik wandelt.

III. Für ein soziales Deutschland

1. Wir wollen **ein soziales Deutschland**, das seiner Verantwortung in der Welt gerecht wird. Im Inneren wollen wir eine **solidarische Gesellschaft**, die das Auseinanderklaffen von Arm und Reich überwindet und die Voraussetzungen für Chancengleichheit verwirklicht. Nach außen wollen wir ein Land, das internationale Solidarität übt.
2. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat eine wichtige Bewährungsprobe im Verhältnis von Ostdeutschen und Westdeutschen. **Gesamtdeutsche Solidarität** verpflichtet beide Seiten.

Große Anstrengungen in den neuen Ländern und Hilfe über den Solidarpakt gehen Hand in Hand. Auch dafür haben wir Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren gesorgt.
3. Deutschland ist ein **sozialer Bundesstaat**. Wir stehen zu diesem Staat. Wir bekennen uns zur sozialen Demokratie, die ihn prägt.

4. Dass ein deutscher Staat sozialdemokratisch geprägt ist, ist alles andere als selbstverständlich. Es ist das Ergebnis von Kämpfen und Richtungsentscheidungen, an denen herausragende politische Persönlichkeiten unserer Partei beteiligt waren.
5. In den nächsten Jahren werden wir uns daran erinnern. **2008** jährt sich zum 40. Mal das Jahr 1968, der **Aufbruch einer Generation zu demokratischer Beteiligung und kultureller Öffnung**. Das war nicht nur eine Studentenbewegung. Auch junge Leute in den Betrieben nahmen daran Anteil. Und **2009** denken wir an die **Gründung der Bundesrepublik 1949**, an die **Kanzlerschaft Willy Brandts 1969** und an die **Öffnung der Mauer 1989**.
6. Die Geschichte zeigt: Wir haben dieses Land gestaltet und dafür gesorgt, dass die soziale und demokratische Idee, dass Freiheit und Gerechtigkeit in Deutschland eine Heimat haben. Für diese Heimat werden wir uns auch in Zukunft nach Kräften engagieren.

IV. Grundsatztreu, reformbereit, realistisch – Von Herbert Wehner lernen

1. Im Jahr 1972 bin ich selbst Mitglied der SPD geworden. Aus diesem Jahr stammt eine Stellungnahme von **Herbert Wehner zum Demokratischen Sozialismus**. Sie zieht die Konsequenz aus der Erfahrung der Unfreiheit. Und sie hält sich nicht an einem Begriff fest, sondern dringt zur Wirklichkeit vor. Wehner schrieb:
2. „Wir sind also Sozialisten. Das heißt, dass wir uns konsequent für die gesellschaftlichen Voraussetzungen zur Verwirklichung der **Chancengleichheit** für alle Frauen und Männer einsetzen und für die Menschen, die nur wegen ihrer Geburt oder eines persönlichen Unglücks faktisch weniger Rechte besitzen als andere (...). Das heißt auch, dass wir für ein **demokratisches Wirtschaftsleben** arbeiten, in dem die Arbeitnehmer gleiche **Mitbestimmungsrechte** besitzen und **am Zuwachs des Produktivvermögens beteiligt** sind.“
3. Das bleibt gültig. Das ist die ständige Aufgabe. Nämlich: **das Leben der Menschen zu verbessern**.
4. Für Herbert Wehner war **Politik keine Pose**, keine Show und kein Spiel, **sondern der Ernstfall, also praktisches Handeln** für die Rechte der Menschen.

5. Bei ihm kamen **Grundsatztreue, Reformbereitschaft, Realismus** zusammen: bei der **Hilfe für politische Gefangene** in der DDR, 1959 für das **Godesberger Programm**, 1960 für die **Westbindung** der Bundesrepublik, 1966 für die **Große Koalition** und in den 70er Jahren für die **sozialliberalen Reformen** – nächtelang hat er als Fraktionsvorsitzender verhandelt, bis 1976 das Mitbestimmungsgesetz verabschiedet werden konnte.

6. Wehner stand – und das sind seine Worte – **für die „sich immer erneuernde Sozialdemokratie“**. Davon kann man lernen. Wir wollen es.